

Bezugspreis

Der Halle vierteljährlich 2,50 M., durch den Post 3 M., monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren. Anzeigen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Nummer 5382 des amtlichen Zeitungs-Verzeichnisses.

Für die Redaktion verantwortlich J. W. Albert Verlag in Halle.

[Vertriebsverbindung mit Berlin und Leipzig.]

Saale-Zeitung. (Der Bote für das Saalkthal.)

Fünfundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spalten oder deren Stamm mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annoncenstellen und allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Bestanden die Zeile 60 Pfg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen.

[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 71.

Halle a. d. Saale, Mittwoch den 25. März

1891.

Sozialdemokratie und Grundbesitz.

Unverhört offene Verleumdung macht die „Kreuzzeitung“. Das Blatt bespricht den sozialdemokratischen Feldzugsplan zur Eroberung des platten Landes, und es ist durchaus nicht der Meinung, daß dieser Ansturm leicht zu nehmen sei. Die „Kreuzzeitung“ befaßt die Förderung des Verhältnisses zwischen den Gutsbesitzern und den ländlichen Arbeitern. Man dürfe sich nicht wundern, wenn diese letzteren sich mehr und mehr als „Proletariat“ fühlen lernen. Nun kommt zu einem solchen Arbeiter ein Agitator, der ihn als „Vendler“ anredet und ihm auseinanderlegt, wie die Unterdrückten in den Städten auf seine Hilfe rechnen; hier liegt ein Geheimnis des Erfolges der sozialdemokratischen Agitation, daß „für sich den Keim der Revolution“ und „Befreiung“ anbietet, sondern daß sie ihre Mitwirkung in Anspruch nimmt, sie zu bauernder Tätigkeit als Genossen wider. Das ist dem doch wenigstens ein Zeichen von Einflucht in das wahre Verhältnis, und man möchte wünschen, daß die Gefahr der Uebertragung der sozialistischen Propaganda auf das Land auch an allen andern Stellen ebenso ernst genommen werde. Die „Kreuzzeitung“ erklärt weiterhin: „Die sozialistische Agitation auf dem Lande wird ein Mittel sein, wodurch jeder Gutsbesitzer und jeder Landpächter gleichsam gezwungen wird.“ Das heißt doch wohl nicht Anders, als daß die Zustände auf dem platten Lande vielfach solche sind, die dem Eindringen des Sozialismus den Boden bereiten. Die „Kreuzzeitung“ hat schon früher einmal ganz selbstsame Gesinnungen über die Schwäche der Position gebracht, mit der die Landpächter den sozialdemokratischen Agitatoren entgegenzutreten haben werden; die Gefahr, die somit von einer Erweiterung der sozialdemokratischen Propaganda droht, wird erstlich von den Keimern der ländlichen Verhältnisse, zumal wenn diese allerlei Sünden der That und der Unterlassung auf dem Feld haben, ganz angemessen gefühlt.

Es ist das ein Ton, von dem wir bekennen müssen, daß er uns nicht mißfällt. Wenn die Befürworter der Sozialdemokratie dazu führen könnte, daß die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter aus eigener Initiative der Verhältnisse gebildet werden, dann wäre der Gewinn beträchtlich genug. Die unruhige und hochmüthige Manier, mit der in manchen Kreisen des Grundbesitzes an die besten Jünglinge der ländlichen Bevölkerung appelliert wird, um der Sozialdemokratie den Weg auf das platte Land zu verlegen, ist jedenfalls nicht die richtige, und das Beispiel der „Kreuzzeitung“ zeigt, daß die leichtfertigen Rathgeber, die es auf diese Weise anfangen zu können vermeinen, in eigenen Lager kein Gehör mehr finden. Es ist ein wahres Unglück, und der Fehler wird immer von neuem begangen, daß man den Sozialdemokraten Dummheiten zutraut, von denen sie außerordentlich weit entfernt sind. Auf den ersten Blick sieht es ja allerdings wie eine Dummheit aus, den Bauern den hartnäckig festgehaltenen Eigentumsbegriff aus der Brust reißen und sie zu Werkzeugen des phantastischen Gedankens der allgemeinen „Vergesellschaftung“ des Eigentums zu machen. Aber den Sozialdemokraten fällt es gar nicht ein, derartige Thorheiten zu begehen. Nicht an die Welt und sicher auf ihrem Grunde und Boden stehenden Bauern wollen sie sich wenden, sondern an die Tagelöhner und überhaupt an das ländliche Proletariat, das von der Hand in den Mund lebt, das jeden Tag den Uebergang von der ländlichen zur industriellen Lebensweise vollziehen kann und wirklich vollzieht, das mit einem Wort, auf dem Lande gerade so in die Luft schwebt, wie ein materielles Existenz, nach, wie in den Industriestädten. So angesehen, nimmt sich die Sache doch wohl etwas anders aus, als wenn man sich nur an den ganz allgemeinen Begriff einer Eroberung der ländlichen Bevölkerung hält. Wir gestehen, daß wir den Gleichwitz nicht begreifen, mit dem diesem bereits begonnenen Ansturm der Sozialdemokratie auf das platte Land zugehört wird. Wir halten diesen Feldzug für eine der wichtigsten und gefährlichsten Erscheinungen, die uns in unserem politischen Leben begegnen konnten, und wenn nicht bei Zeiten in geeigneter Weise entgegengetreten wird, so wird man wohl schon nach einem kurzen Jahrzehnt sich den Schanden versehen können.

Es ist ein mehr als billiger Trost, daß die Sozialdemokratie ja doch nie imlande sein wird, dem ländlichen Proletariat wirkliche Befriedigung, wirkliche Erfüllung seiner Wünsche und Bedürfnisse zu verschaffen. Gewiss kann diese unselbige Partei das nicht, und das gerade Negative ihres Wesens wird bei der ländlichen Propaganda noch viel stärker hervortreten als bei der in den Städten. Sie wird zerstören und Trümmer hinterlassen, aus denen ein Aufbau unmöglich sein wird. Aber ist die Gefahr damit etwa kleiner? Sie scheint uns umgekehrt nur noch größer.

Die Verhältnisse der „Kreuzzeitung“ sollten vor allem denen zu denken geben, die dem Uebertrieben und eingewurzelteten städtischen Sinne der ländlichen Bevölkerung einen der höchsten Dämme gegen das sozialdemokratische Gift herzusetzen, das geht damit ganz unvollständig zu. Ausgesprochene Freigeister, die das städtische Wesen vollständig von sich abgehen haben, die aber entsetzliche Gegner der Sozialdemokratie sind, um so entschuldiger, als ihr ausgeprägter Individualismus dabei mißfällt, gerade solche Leute berufen sich gern auf die Frömmigkeit und gemüthvolle Einfalt der ländlichen Bevölkerung, und sie hoffen von diesen Einfalten, für die sie sonst nur Gleichgültigkeit, wenn nicht gar Spott haben, die stadtfräglichste Unterwürfung. Leider aber denken diejenigen, die das Landvolk näher kennen und sich an anderen nicht weismachen wollen, etwas Anders und weniger glänzend von der Kirchlichkeit auf dem platten Lande. Die „Kreuzzeitung“ spricht von dem sozialdemokratischen Plane, wohl die Kirche umgeschoren zu lassen, dafür aber dem Pfarver gelegentlich ordentlich feimuldenen. In einer der sozialdemokratischen Anleitungen zur Agitation

auf dem Lande heißt es denn auch: „Religiös sind die Leute im Durchschnitt alle, aber mit dem Pfarver fallen sie nicht.“ Die „Kreuzzeitung“ ist ehrlich genug, diese Auffassung zu bestätigen. Sie nennt die erwähnte Darstellung eine leider nur zu oft sich als richtig erweisende Scheidung zwischen der Religion und dem Träger des städtischen Amtes, wozu noch in vielen Fällen der traditionell äußerliche Charakter der ländlichen Frömmigkeit kommt.“

Die Bewirung ist groß, aber das hindert nicht, daß sie noch viel größer werden kann. Unmittelbar auf die Spuren verlässiger Selbsterkenntnis folgt in der „Kreuzzeitung“ ein so trauriger Mißfall in jüngerer Unfähigkeit, die wahre Natur des Kampfes zu erkennen, daß man seinen Augen kaum traut. Das Blatt sieht nur ein Mittel, um die Sozialdemokratie auf dem platten Lande zurückzuweisen. Es muß „die fortgesetzte Expropriation des Grundbesitzes aufgehalten werden.“ Einverständnis. Aber die „Kreuzzeitung“ hat auch jedoch ein Mittel bei der Hand, um diesem Wunsche die Erfüllung zu sichern. Der Staat muß „mit seiner Gesetzgebung eingreifen.“ Das ist der alte kurzzeitliche Dummheit des Agrarierthums, der sich Kriemen aus dem Feld der übrigen Bevölkerungsklassen schneiden will und damit die Uebel, die bekämpft werden sollen, erst recht groß zieht.

Deutsches Reich.

* Berlin, 23. März. Die Kaiserlichen Majestäten haben am Sonntag abend nach Aufhebung der Familientafel noch den Großherzoglich Badischen Herrschaften das Geleit zum Bahnhof, von wo aus letztere die Märkte nach Karlsruhe antreten. Der Kaiser zeigte dem Großherzog in einem Sondergeleit an, daß er den Erbprinzen herzog zum Chef des 113. Infanterie-Regiments ernannt habe, als dessen Commandeur der Erbprinz herzog sich in so hohem Grade bewährt habe. Se. Maj. spreche die Ernennung am Sonntag abend, welcher der Erinnerung des hochseligen Kaisers Wilhelm I. geweiht sei, und welcher die „hülfreichen Verfassungen Sr. Maj. zu dem Großherzog und dem Großherzoglichen Daulen in besonderer Weise hervorzuheben laße, um dem Großherzoge einen erneuten Beweis wehrer Verehrung und Dankbarkeit zu geben. Seine Vermittlung hörte der Kaiser einen Vortrag des Reichskanzlers im Reichskanzlerpalast. Daraus nahm Se. Maj. im föhlichen Schloße die Vorlesung entgegen und empfing nachmittags den Herzog von Württemberg. Am Sonntagabende wurde nach der Uebergebrachter Lindemann von Wilsdorf vor dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen. Der Ueberbringer überbrachte die Einladung der Stadt, der Kaiser möge bei dem bevorstehenden Besuche der Rheinprovinz, an Düsseldorf mit einem Besuche versehen, einer Einladung, welcher der Kaiser Folge leisten wird. Wie der Franz. Prä. aus Antwerpen gemeldet wird, verläßt dort gerichtlich, Kaiser Wilhelm wieder die Königin Emma während ihres Aufenthaltes in Amsterdam im Mai beurlauben. — Ihre Maj. die Kaiserin Friedrich und die Prinzessin Margarethe beabsichtigen alsbald nach der Verabschiedung von der Königin in Windsor nach London zu ziehen, noch einige Tage im Buckingham Palais zu verweilen werden.

Man schreibt uns aus Berlin: Wenn es auch keinem Zweifel unterliegt, daß das Verhältnis zwischen dem Kaiser und Bismarck in letzter Zeit keineswegs eine wesentliche Veränderung erfahren hat, so läßt sich trotzdem nicht in Abrede stellen, daß jetzt in gewissen wohlunterrichteten Kreisen der Meinung, eine halbe Auflösung immer mehr an Boden gewinnt. Viele Leute, welche sonst ganz genau wissen, aus welcher Ecke der Wind weht, fangen bereits an, ernsthaft die möglichen Folgen eines solchen Umsturzes in Erwägung zu ziehen. Ueber diesen Punkt ließe sich am Ende noch manches sagen. (?)

* Berlin, 23. März. Reichliches Aufsehen erregt ein offizieller Pensionsartikel der Kön. H. über die Welfensfondbesitzer des Ministers v. Boetticher, weil darin behauptet wird, durch Verrechnung aller Rechnungsabweise sei überhaupt der Möglichkeit einer nachträglichen Kontrolle der einzelnen Verwendungen vorgebeugt. Danach zu urtheilen, soll also die wirkliche Provenienz der 350,000 M., welche der Schwiegersohn des genannten Herrn durch die Großmüth des Fürsten Bismarck empfangen hat, für immer unaufgeklärt bleiben. Denn nur in diesem Sinne wird man die betr. Auslassung verstehen können, um so mehr, da niemand mehr daran glaubt, daß der Beitrag etwa der künftl. Privat-schulde entnommen sein könnte. Uebrigens melden sich vertraulich Persönlichkeiten zum Wort, welche schon seit 1889 darin eingeweiht gewesen sein wollen, und fassen daran fest, es sei bei dieser Affaire unauflöslich der Welfensfond in Anspruch genommen. Öffentlich ist man heute oder morgen darüber endlich eine authentische Aufklärung erfahren, welche der durch diese Enttarnung verursachten Demuthung ein Ziel setze. Nur durch rückhaltlose Darlegung des wirklichen Sachverhalts kann die in hohem Grade erregte öffentliche Meinung befriedigt werden. Diefelbe hat ein Recht, darin klar zu sehen und zu wissen, ob hier ein Mißbrauch vorliegt oder nicht. Ueberflüssig erachtet es dabei auch jetzt noch, nach den Urthesen zu forschen. Handelt es sich um eine bösmüthige Verleumdung, dann ließe das sich hören. Im vorliegenden Falle aber ist der Thatbestand allerdings nur andeutungsweise von einer beteiligten Seite zugestanden worden. Personen kommen dabei somit nur noch soweit in Betracht, als sie bei dem ganzen Selbstgespräch mitgewirkt haben. Derartige Seitenhänge können doch nur den Zweck haben, die öffentliche Aufmerksamkeit vom Kern der Sache auf allerlei Nebenpunkte abzulenken. Inzwischen scheint bewiesen zu sein, daß die Enthüllung von Seiten auf den Markt gerzett worden ist, welche an dem Schreiber der deutsch-österreichischen handelspolitischen Unterhandlungen ein schwerwiegendes Interesse haben müssen.

Zu der Frage, ob Herr v. Boetticher die vielfachproben Unterwerfung aus dem Welfensfond erhalten habe, wird mehreren Blättern, so u. a. der Neuen Freien Presse, aus Hamburg gemeldet:

In bliefigen informierten Kreisen wird berichtet, daß das Herr v. Boetticher für seinen Schwiegersohn gemachte Darlehen hinsichtlich der Privatkapitale des Kaisers entnommen und durch eine Hypothek auf das Gut des Schwiegersohns Boettichers sichergestellt wurde. Die Hypothek löst auf den hohen Betrag von 350,000 M. und ausdrücklich auf den Namen der kaiserlichen Privatkapitale lauten.

Die Freil. Rtg. bezeichnet diese Nachricht als eine wirksame Gründung und sagt: „Wo liegt denn das angebliche Gut des Herrn Berg, des früheren Vorbesizers der Reichsbankcommande in Stralund? Herr v. Boetticher hat kein Darlehen, sondern ein Geschenk erhalten, und zwar nicht aus der Privatkapitale, sondern aus den Reventen des Welfensfonds.“

* In den gestrigen erwähnten Mittheilungen der Kön. H. über die Verwaltung des Welfensfonds bemerkt heute die Freil. Rtg.:

Wenn vorstehende Schilderung zutreffend wäre, so würde diese Form der Verwaltung gelehrt vortug sein. Denn es ist durchaus nicht selbstverständlich, daß alle Ueberflüsse dem Ministerpräsidenten zu überweisen sind, zur Abwehr von Unternehmungen des Königs Georg. Nur wenn es in den Händen des Königs übertrugen ist, nicht der Verwaltung entzogen, sich von der geistlichen Verwaltung aller Gelder zu überzeugen. Die Kabinetsordre enthielt, durch welche nach obiger Darstellung der König die Verwaltung bedarft, kann nur die Verantwortlichkeit der Verwaltdenen insofern vermindern, als sie Heißes auf denjenigen Minister überträgt, der diese Kabinetsordre gegenzeichnet. Diese Gegenzeichnung aber wird wiederum seitens des Fürsten Bismarck selbst erfolgt sein.

Und die Nat.-H. bemerkt: „Manen solche Verwendungen zum Tzell berart, das man wirklich das Bekommen der Besche für angeeignet hielt, so würde uns dies nur in dem Punkte bestärken, den Welfensfonds künftighin beseitigt zu sehen. Wir glauben kaum, daß es sonst in Welfens Seite ist, die Besche über „geheime“ Fonds zu verzeichnen.“

Der Entwurf einer Vergebung für die Provinz Sachsen, welcher am 20. d. dem Herrenhaus zugegangen ist, enthält 60 Paragraphen. Er ist nach dem Minister der im Jahre 1875 und 1877 vorgelegten Allgemeinen Vergebung aufgearbeitet und zerfällt in 4 Titel.

Der erste Titel (§§ 1 bis 14) giebt die Grundbegriffe der öffentlichen Wege, der Wegebaulast, ihres Inhalts und Umfangs, der Abnung von den öffentlichen Wegen und des Geltungsbereichs der Vergebung.

Der zweite Titel (§§ 15-44) behandelt die auf dem öffentlichen Wege beruhende Wegbaulast und zwar in einem ersten Hauptabschnitt die öffentliche Wegbaulast auf Grund Gesetzes, in dem zweiten die auf einem besonderen Titel, insbesondere Gehebricht, beruhende Wegbaulast. Soweit nicht Provinzial- oder Kreiswege in Frage sind, wird die Gemeinde (Gutsbesitzer) als Träger der Wegbaulast, die Wegbaulast als öffentliche Last bezeichnet. Die wichtigsten zwingende Wirkung von Wegbaulast und die Verpflichtung der Kreise, im Falle der Leistungsunfähigkeit der in erster Linie Verpflichteten ausfallende Ersatz zu leisten, sollen die öffentlichen Interessen entsprechende Erfüllung der Wegbaulast sichern. Den Bestimmungen des zweiten Abschnitts liegt der leitende Gedanke zu Grunde, den Uebertragungs-Wegbaulast auf die Kreis-Gemeinde Verpflichteten zunächst zu übertragen, im Falle der Leistungsunfähigkeit der aus besonderem Titel Verpflichteten aber damit vorzugreifen.

Der dritte Titel (§§ 45-50) regelt die Verpflichtungen Dritter in Bezug auf den Wegbau in wesentlichen Uebernehmungen mit dem bestehenden Recht.

Unter den §§ 51-60 sind die wichtigsten Bestimmungen (§§ 51-60) sind diejenigen von besonderer Bedeutung, welche sich auf die Aufrechterhaltung der auf besonderem öffentlich-rechtlichen Titel beruhenden Wegbaulast, der Ablösung der staatlichen Wegbaulast, der zugehörigen Grund- und Spandienste und der an Stelle derselben zu entrichtenden Schadenersatz beziehen. In erster Bestimmung wird bestimmt, daß die auf besonderen Titel begründete Wegbaulast nur insofern fortbesteht, als in dem betr. Titel die Wegbaulast nicht klar nach den bisherigen allgemeinen oder besonderen gesetzlichen Vorschriften, Ordnungen, z. geregelt ist. Die Ablösung der öffentlichen Wegbaulast, welche in der Provinz Sachsen ausnahmsweise bedeutend ist — die fiskalischen Straßen, welche auf die Provinz übergehen sollen, haben eine Länge von 1100 km — erfolgt gegen eine Rente, welche den laufenden Ausgaben des Staates nach dem Durchschnitt der letzten 6 Jahre zuzüglich 40,000 M. als Ausgleich für die außerordentlichen Aufwendungen entspricht. Die Rente soll an die Provinz mit dem jährlichen Betrag des zu dem niedrigsten Gebote angelegten Geldwertes nach 15jährigem Durchschnitt abgelöst werden.

Die vorstehende kurze Skizze läßt erkennen, daß neben dem speziell durch die Vergebung für die Provinz Sachsen begründeten Bestimmungen in dem Entwurfe zahlreiche Vorschriften namentlich in den ersten drei Titeln enthalten sind, welche vorbildlich aus für das Wegerecht der anderen altländischen Provinzen sein werden.

* Der national liberale Wahlkandidat in Geste-münde hat nun schließl. den Fürsten Bismarck zum Reichstagskandidaten ausgerufen. In dem Wahlkreis steht es:

Wir wollen mit dieser Kandidatur nicht den Parteiroman, sondern den Begründer des Deutschen Reiches, den größten Staatsmann des Jahrhunderts und -aller Zeit, den Fürsten Bismarck aufstellen und dadurch unsern Wahlkreis einer hohen

Esre und Aufzeichnung selbstständig werden lassen, wie kein anderer Maßstab des großen Deutschen Reiches sich finden können kann.

* Die „Samb. Nachr.“ besprechen die Werbung, Fürst Bismarck habe in Berlin Häuser angekauft und beabsichtigt dort Wohnung zu nehmen, für erfinden.

* Die „Times“ läßt sich aus Willhoehsbia vom 21. d. melden: Die Verhandlungen mit Deutschland wegen Wiedereinlösung der Einfuhr amerikanischer Schweinefleisch machen keine Fortschritte. Präsident Garfield wird wahrscheinlich schließlich den deutschen Bismarck mit einem Wiedereintrittsbescheid belegen, falls Deutschland das Verbot der Einfuhr amerikanischer Schweinefleisch nicht wieder aufhebt. - Keine Informationen des Wolff'schen Bureau's schwören überhaupt keine begünstigten Verhandlungen - was vorübergehende Werbung erwidern dürfte.

* Die „Allg. Reichs-Ztg.“ erzählt aus besserer Quelle, der Vorwand der amerikanischen Bill und der Eingangsbestimmungen über strengere Untersuchung des Schweinefleischexportes ist dem amerikanischen Gelanden in Berlin noch nicht zugegangen, liegt somit auch noch nicht dem Bundesrat vor, der überdies durch die österreichisch-deutschen Verhandlungen in Anspruch genommen ist. Schlußfolgerung dürfte bis zur Entschließung des Bundesrates über die Aufhebung des Schweinefleisch-Einfuhrverbotes noch einige Zeit vergehen.

* Aus Lugano wird der „Volksztg.“ geschrieben: Die Gottliebshausen hat ihren ganzen, bis zum Jahre 1891 wöchentlichen Schienenbedarf mit Gebr. Stamm zu Neuchâtel zum Preise von 130 Tausend frei Basel abgeschlossen. Dies kommt ungefähr einem Preise von 80 M. ab hätte gleich. Die letzten von den deutschen Schienenwerken für den inländischen Bedarf abgeschlossenen Preise betragen 128 M. ab hätte. Man sieht hieraus, daß die Aktion, welche ihnen Herr v. Wambold erstreckt, nicht sehr viel genutzt hat. Die von Deutschland importierten Gottliebshausen kauft noch immer um 30 M. billiger, als die deutschen Eisenbahnen.

In London eingegangene Meldungen aus Sansibar berichten von neuen Unruhen. Die Somalis unternehmen in der Gegend von Riamayu Raubzüge und plündern die Handelsposten am Eingang des Zuluflusses. Der Sultan von Sansibar entsandte Truppen, um die Ordnung wieder herzustellen. Major v. Wissmann kaufte Waffen, die zur Sicherung des deutschen Küstengebietes gebraucht werden.

* Die „Kreuzztg.“ schreibt: Die münchener Allg. Ztg. bringt folgendes Telegramm ihres Berliner Korrespondenten: Der Entschluß des Deutschen Tagesblattes durch die Kreuzzeitung in der ersten Hälfte gegeben, eine Verbindung innerhalb der konservativen Partei herbeizuführen. Im Interesse der konservativen Partei und wohl auch der Regierung liegt es, daß die Konservativen gerade jetzt, unter den durch Wahlverlusten Tod nur noch unsicher gewordenen Verhältnissen nach außen geschlossen und stark auftreten. Bekanntlich ist der genannte Korrespondent des münchener Blattes stets besonders gut unterrichtet.

* In der Handhabung der Kaiserordnung für Elsaß-Lothringen ist übereinstimmend Meldungen verschiedener Blätter zufolge, eine Erleichterung eingeleitet, weitere werden hoffentlich bald folgen. Den französischen Grenzbeschwern, die den nahegelegenen deutschen Militärposten Produkte zuführen, dann aber wieder tägliches nach Hause zurückzuführen, ist der Eintritt in das Reichsgebiet auch ohne Zoll gestattet worden. Ferner wird die an den Grenzabgangsstationen den Dienst überwachenden Regierungsoffiziere angewiesen worden, dahin zu wirken, daß Liebesgaben keinen Behauptungs nicht vorzulassen. Die durchgeführten Posttiere des Exzent-Expreßzuges Paris-Strasburg-Basel sind der Kaiserordnung nicht unterworfen, auch bestanden, daß demnach die Wieder der Reich eines durchgehenden Willems (A. D. Kaiser-Karlsruhe) als genügende Legitimation erachtet werde.

* Der Kultusminister hat an die königl. Bezirksregierungen einen Erlass gerichtet, worin er mitteilt, daß die ihm zur Verfügung stehenden Mittel zur Bewältigung von Unterrichtsstunden zu erhöhen für höhere Mädchenschulen nahezu erschöpft sind, und daß er sich deshalb sehr ernstlich bei Neubewilligungen von Zuschüssen für betriebl. Anlagen die größte Sparlichkeit zu üben, andererseits auf die Kürzung bzw. Minderziehung bereits bewilligter Zuschüsse, soweit dieselben als unbedingt zu erachten sind, Aussicht zu nehmen. Die Kultus-Regierungen sollen weshalb Schritte zur Vermeidung der Minderzuschüsse in Betracht kommen, welche bei geringem Verluste lediglich durch die Bewilligung des Staates lebensfähig sind, im übrigen aber, insbesondere nach dem Stande des Volksschulwesens an dem betr. Orte, einem erheblichen öffentlichen Unterrichtsinteresse nicht dienlich.

* Von der Centralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in Köln sind bereits 190,000 Mitgliederkarten ausgegeben worden.

* Die „Allg. Volksztg.“ kritisiert die dem Bundesrat Bismarck's und der Geschichte des Kulturkampfes gebührenden Artikel der „Samb. Nachr.“. Die letzten trugen deutliche Spuren des Bismarck'schen Geistes. Durch dieselben gehen mehrere geschichtliche Punkte verloren. Die Geschichte hätte des früheren Reiches nicht unvollständig dargestellt werden. Angesichts seiner fremdenbreiten Bekanntheit nach seiner Entlassung erinnere man sich nur mit Bewundern der zahlreichen Versicherungen, worin er sich als alzeit ergebenden und treuen Diener des Monarchen hinsetzte. Der Minister, welcher auf Wahrung seines Positionswortes in sich bedacht war und Relation auf Notation in Naturalien und zwar einwärts, hätte schon aus Achtung vor der Ehrlichkeit und Unerschütterlichkeit Bismarck's diesen mit allen Nachreben versehen sollen.

* Der Oberstaatssekretär Berg und Hüttenmännische Berrein hat eine Absicht seiner in Sachsen des Bergmangels in Ober-Sachsen an das preussische Gesamtministerium gerichteten Eingabe mit der Bitte um Unterstützung dem Minister für Handel und Gewerbe überliefert.

* Wie das Berliner sozialdemokratische Centralorgan mitteilt, haben die Abgeordneten der Provinz die reichsweite Verfassung des Arbeitervereins an das preussische Gesamtministerium eine allgemeine Ausübung des Vereinsrechts und sie über die „Gimäre eines internationalen Streiks“ aufgestellt. Die Führer der Bergarbeiter haben sich

der Meinung der beiden sozialdemokratischen Abgeordneten angeschlossen und werden nun in diesem Sinne auf ihre Genossen einwirken. Die Resolutionen der Bergarbeiter, welche am Sonntag abgehalten wurden, haben sich dem auch bereits gegen jeden Streit geäußert.

* Bochum, 23. März. Gestern wurde eine Versammlung in Weimar polizeilich aufgelöst, weil nach Ansicht der Polizeibeamten der Verhandlungsleiter Meyer zum Klassenhate rede und die Reden verächtlich machte. * Berlin, 23. März. Sr. Majestät Kaiserin, Kommandant Korvettenkapitän Alder, ist gestern in Bochum eingetroffen. Sr. Majestät Kaiserin, Kommandant Korvettenkapitän Lohaus, ist gestern in Bochum (Ziel Minorca) eingetroffen und beabsichtigt morgen die Reise nach Gibraltar fortzusetzen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Zwischen beiden Finanzministern wurde gestern die Frage der Balutarezulassung erörtert, jedoch nur in akademischer Form ohne jedwede Verbindlichkeit. Heute findet hierüber eine weitere Erörterung statt. - Nach bedeutender Verabreichung konfiszierter Steuern der Finanzminister bedachte längere Zeit mit dem Vizegouverneur der Oesterreichisch-Ungarischen Bank D^r Rang.

Unter den Jungsozialisten ist, nach Meldungen aus Prag, eine Spaltung eingetreten: es bildet sich eine gemäßigtere Partei unter der Führung von Gen. Gregar und eine radikalere unter Baskoth. Das Organ der Gemäßigten wird das frühere „Krausener“, das Organ der Radikalen des „Arbeiter“, Korrespondenten, Abg. Csm. Gregar erklärte öffentlich, mit Baskoth, welcher nicht satisfaktionsfähig sei, in einem jungsozialistischen Klub nicht bleiben zu wollen.

In dem Verwaltungsausschusse für die Comitats-Reform, so meldet man aus Pest, erklärte am Montag der Ministerpräsident, daß er, wenn die gegenwärtige Vorlage von der Spaltung von Verwaltungsgerichten abhängig gemacht werden sollte, dagegen keinen Einspruch erheben werde, noch andere Bedingungen oder nicht zu stellen bitte. Wegen die Entsendung eines Subcomites zur Regelung der Frage der Kompetenz habe er nichts eingewunden, sei auch damit einverstanden, daß im Verwaltungsausschusse das Verhältniß der gemäßigten Mitglieder zu den radikalsten Mitgliedern günstig gestellt werde. Graf Apponyi erklärte, er sehe nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten der Einzelberatung mit größerer Hoffnung entgegen, als bei Beginn der Beratung.

Die Vorlage für die Reform der Verwaltung ist gestern von Anschlägen des ungarischen Abgeordnetenhauses in der Generalversammlung angenommen worden. Ein Verabreichungsantrag wurde abgelehnt.

Schweiz. Bei der am Sonntag stattgefundenen Erklarung des Nationalrats in Mailand wurde kein Kandidat die absolute Mehrheit erhalten. Die sozialdemokratischen Stimmen welen einen großen Zuwachs an. Ueber den gegenwärtigen Bundesrathswahl in Genf berichtet die „Ztg.“, daß mehrere Sozialisten erschienen und ihren die Veranlassung, es entstand ein Schlägerel mitten im Saale. Die Besessenen mußten ihre Revolver vorgehen. Jedem (schien hier) drei Revolver, darunter sieben Deutsche, wurden vorgehalten.

Frankreich. Wie auch die offizielle Wiener Polit. Korrespondenz, hat der Bar dem Präsidenten Carnot den Großorden des Aurochs-Ordens verliehen. Diese Auszeichnung ist ausfallend, denn der Orden, der den Besitz aller anderen russischen Orden mitbringt, wird höchst selten an fremde Fürstlichkeiten verliehen.

Carnot empfing gestern eine aus Senatoren und Deputirten des Departements Landes bestehende Delegation, die ihn einlud, auf seiner Reise nach dem südl. Frankreich das Departement zu besuchen. Carnot nahm die Einladung an. Die Kommission für die gesetzliche Regelung der Rentenverträge trat gestern zusammen, um den endgiltigen Text des Gesetzes festzusetzen, damit der Verordnungsgeber den Bericht für die Kammer abfassen kann. Der ursprüngliche Entwurf der Regierung wird beibehalten mit Ausnahme der vom Ministerpräsidenten Delle vorgeschlagenen Veränderungen. Das Welter auf der Demobilität ist unter ausschließlicher Verantwortung der Rentengesellschaften, welchen zugleich die Aufhebung der Polizei auf den Rentenbanken übertragen wird, gestellt. Der Verordnungsgeber wird den Bericht während der Ferien abgeben. Die Kommission beschloß, alle Generalräthe in der Praxis ihren Ansehen ihrer Ansicht betr. der Renten zu gründen.

Der Streik in den Schiefergruben von Frelang ist fast beendet. Das Militär ist nach Angers zurückgezogen.

Belgien. In Brüssel wurde am Sonntag eine Ausweitungskongregation zwischen dem deutschen afrikanischen Schutzbereich und dem belgischen Congo-freistaat unterzeichnet. Nach Meldungen aus Lüttich und Sering hat sich die dortige Lage ein wenig gebessert, namentlich insofern des Einwirkens von Vertretern der Arbeiterpartei, welche nicht durch teilweise Ausstände die Kräfte erschöpfen wollen, sondern vielmehr ernstlich den allgemeinen Anstand vorbereiten, den die Arbeiter zum 1. April fordern. Gestern morgen haben in Sering 100 Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. In den Stahlwerken von Goderill ist die Arbeit vollständig eingestellt. Der Streik in den Kohlengruben von Goderill und in St. Marie-la-Neuve dauert fort, während derjenige in den Kohlengruben von Andover beendet ist. In den Kohlengruben am linken Ufer der Maas wird gearbeitet. Die Ruhe ist nirgends gestört worden.

Holland. Der Bericht der Kommission der zweiten Kammer über den Gesetzentwurf betr. die neue Heeresorganisation sowie die Antwort der Regierung sind jetzt abgelesen worden. In letzterer hat das Ministerium die hauptsächlichsten Grundzüge, wie obligatorische Dienstpflicht, Kontingenzsystem und die zugelassenen Exemptionen aufrecht. Die erforderlichen Mittel für die Organisation sollen event. durch eine Anleihe aufgebracht werden.

In Amsterdam sind Mittheilungen über Kämpfe in Utrecht (Sumatra) eingegangen. Die Aufständischen überfielen zwei Dörfer. Ein Hauptmann und vier Soldaten wurden getödtet.

England. Parnell veröffentlicht einen Brief, den er selbst an den parnell'schen Ausschuss in Cor geschrieben hat und worin er jeglichen direkten Verkehr mit Healy infolge der Verleumdungen und Verleumdungen des letzteren für unmöglich erklärt. Parnell erklärt zugleich, er habe an Nolan geschrieben, er werde sich mit Niederlegen, wenn Healy dasselbe thue. „Breentan Journal“ bezweifelt, ob Healy dies thun werde.

Im Unterhause erklärte gestern der Erste Lord des Schages, Smith, Salisbury habe am Sonntag nach Neufundland telegraphirt, daß die zweite Lesung des Bill, betr. die Erneuerung der Befugnisse der Krone zur Erwerbung der Ausfuhr von Verträgen, erst am 16. April im Oberhause stattfinden und daher genügend Zeit zur Ermöglichung etwaiger Vorbrüche Neufundlands; die Bill sei jedoch nöthig, wenn Neufundland seine Waagregulirung erzwinge, um die Beobachtung des Vertrages sowie des gewöhnlichen Aufkommens mit Frankreich zu sichern. Frankreich erklärte sich außer Stande, über Abtretung irgend welcher Rechte zu verhandeln, bis der Umfang dieser Rechte autoritativ festgelegt wäre. Die Königin Victoria ist am Montag morgen in Begleitung des Prinzen und der Prinzessin von Wales über Portsmouth nach Grosse in Südfrankreich abgereist.

Portugal. Die Gerüchte von einem bevorstehenden Ministerwechsel treten jetzt bestimmter auf. Man nennt bereits Martens Ferraro als voranschicklichen Ministerpräsidenten in dem zukünftigen Kabinet.

Rumänien. Bei der am Sonntag stattgehabten Erziehungswahl entschieden sich die Konservativen der Bildungswahl. Demeter Pratianno (Liberal) wurde als einziger Kandidat gewählt.

Bulgarien. Einer Meldung des „Standard“ aus Sofia zufolge hat die jetzige Regierung die Grenzvertragsverhandlungen mit Bulgarien kurz vor dem Abschluß derselben abgebrochen unter dem Vorworte, daß neue Kabinet wünsche erst die von dem vorigen Kabinet den Unterhändlern erteilten Instruktionen zu prüfen.

Türkei. Aus Konstantinopel schreibt man uns: Während die Hofe Porte immer wieder in den von ihr inspirirten Organen behaupten läßt, daß das politische Firmament durchaus wolkenfrei ist, entwickelt sich in Armenien und Arabien seit einiger Zeit ein auffallender Eifer in der Fortsetzung dieser Regierung. Die türkischen und arabischen Stämme sollen ausgiebigst eine eigene Kavallerie Division aufbringen. Wie „Politik“ jetzt aus der Schule plaudert, betrage die Zahl der neu formirten Regimenter bereits 50, wovon 30 marschfertig sein sollen! Unweissheit hat das türkische Volk sich dabei einer Ueberreibung schuldig gemacht. Immerhin aber wird man sich freuen müssen, zu welchem Zwecke die Porte gerade in diesen Anstrebungen wieder einmal mit dem Feuer spielt und durch solchen Schritt die christlichen Armenier noch mehr gefährdet? Dasselbe fängt das diplomatische Corps bereits an, dieser Frage näher zu treten. Wie verlautet, hätte sich Herr v. Melchior vertraulich beim Großvezir danach erkundigt und auf die Ergebnisse hingewiesen, welche der christlichen Bevölkerung in Armenien aus diesen Rüstungen erwachsen könnte. Ueber die Auslastung der Porte ist etwas Zuverlässiges noch nicht bekannt geworden.

Ägypten. Wie man dem Reut. Bir. aus Sanjar vom Sonntag meldet, ist der Direktor der British-Egypt-African Company, Wadenzia, nach Wombas zurückgekehrt. Die jüngste britische Strafexpedition hatte den besten Erfolg; das Gebiet von Witu ist vollständig pacifizirt. Wadenzia hat mit den Nymplingen einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem das Gebiet zwischen der British-Egypt-African Company überlassen und die Sklaverei bis zum Jahre 1896 gänzlich abgeschafft sein wird.

Kolumbien. Aus New-York wird gemeldet, daß in den letzten Wochen amerikanische Finanziers sehr bedeutende Partien kolumbianischen Viehs angekauft haben, wodurch sie sich die unbeschränkte Einfuhr von Vieh nach England sichern wollen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die betr. amerikanischen Finanziers anfänglich an dieser Transaktion nur wenig theilnehmen werden, hauptsächlich aber dieselben einen Gewinn bringen dürfte, sobald die Vieheinfuhr von Amerika nach England sich ohne Hindernisse vollziehen kann.

Südamerika. Die chilenische Regierung ist, nach neueren Meldungen, nicht imlande, Jiquike von der Seeferse anzugreifen, da es ihr an Schiffen fehle. Auch ein Angriff von der Landseite erscheint unmöglich wegen der 200 Meilen weiten wasserlosen Küstenstraße, die sich am Sonntag eröffneten. Die Regierung konzentrirte im Süden ihre Streitkräfte, die 30,000 Mann betragen. Die Aufständischen geben die Zahl ihrer Truppen auf 4000 Mann an. Außerdem haben die Schiffe, die zu ihnen übergegangen sind, eine Besatzung von 2000. Die Regierung scheint den Plan, ihre Truppen nach Norden vorzurücken zu lassen, um den Aufstand völlig niederzuschlagen, nicht zur Ausführung bringen zu wollen. Es heißt, daß unter den Anführern der Aufständischen entstehen werden. Das Bombardement von Antofagasta dauert fort. Es wird behauptet, die dortigen Wasserreservoirs, von welchen die Einwohner geradezu abhängig sind, zu zerstören. Die Kanonenboote der Regierung „Chim“ und „Condel“, die von Buenos-Aires kamen, entwickelten in der Magellans-Strasse den dort freudigen Schiffen der Anführer. Der „Times“-Korrespondent bemerkt, die genannte Flotte Englands sei getauft worden, es handele sich in Chile nicht um eine Umwälzung, sondern nur um einen Versuch, die Mitglieder der Salpeterminenindustrie und die Fischerei zu fördern aus Seiten des Präsidenten. Innerhalb weniger Wochen müsse der Aufstand beendet sein. Die Zahlung des Kupons für die Staatsanleihe pro 1891 sei durch in Europa deponirte Gelder sichergestellt.

Eine weitere Depesche aus Valparaiso gibt fürstbare Einzelheiten über den letzten Kampf zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen. Hiernach wurden 200 gefangene Insurgenten zusammengebracht und mit Kanonen und Gewehren zusammengeführt. Das Telegraphenamt in Jiquike wurde auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Halle und Umgegend.

Halle, 24. März. - In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurden eine Eingabe des Ausschusses zur Durchföhrung der kleinen Urtirsstraße an der Dierichsstraße an die Baukommission verworfen, jedoch vertheilene Ausgabe-Zitel des Kammerer-Grats für 1891/92 freigelegt, für den beschriebenen hier flammenden Abgeordneten tag des Deutschen Freieigebundes ein Beitritt in Höhe von 500 M. bewilligt und die Entnahme von Bielefeld an einem Wege aus der Richtung des Landgutes Gimmich beschlossen.

15. Breitestr.
Berlin C.
Feste Preise.

Rudolph Hertzog

Aufträge von
20 Mk. an,
Proben, Preislisten
franco.

Fertige Bettwäsche.

Aus bewährten Qualitäten sorgfältig gearbeitet.

Bunte Bettbezüge.

Eine Garnitur besteht aus 1 Deckbett, 130×200 cm. u. 2 Kissen, je 83×84 cm.

Zum Binden eingerichtet:

Aus **Blau-Karrirt Baumwollen-Bettzeug**, die Garnitur M. 7,00.
Dergl. **Roth- oder Lilas-Karrirt**, die Garnitur M. 7,50.
Aus **Blau-Karrirt Leinen-Bettzeug**, die Garnitur M. 9,00.

Weisse Bettbezüge.

Zum Knöpfen eingerichtet:

Aus **Elsasser Familientuch**, die Garnitur M. 7,85 u. 8,50.
Elsasser Haustuch u. Cretonne, Garnitur M. 8,40 u. 8,50.
Rein Leinen, Garnitur M. 13,00, 13,50, 15,00 u. 16,50.
Gestreift Baumwollen-Satin, Garnitur M. 10,00 u. 10,25.

Mit doppelten Knopflöchern für Einknöpfer.

Aus **Elsass. Familientuch u. Cretonne**, Garnit. M. 8,00 u. 8,75.
Gestreift Baumwollen-Satin, die Garnitur M. 12,50.
Gehlimt Baumw.-Damast, Garnitur M. 13,00, 14,00 u. 18,00.
Rein Leinen, die Garnitur M. 15,00, 16,50, 18,00 u. 20,00.

Einknöpfer (Laschen)

Aus **Cretonne**, Garnitur M. 1,20. Aus **Leinen**, Garnitur M. 1,50.
Roth Federköper mit Perlmutterknöpfen, Garnitur Mark 2,80.

Elegante Kissen-Bezüge

mit durchbrochenen Einsätzen (Handarbeit)
in grosser Auswahl.

Damast-Plumeauxbezüge.

Weiss Baumwolle. Engel-Muster 125×125 cm gross, St. M. 10,50.

Steppdecken - Bezüge.

160×205 cm gross, mit 25 cm breitem Uberschlag u. 28 Knopflöchern.

Aus **Elsasser Familientuch**, der Bezug Mark 7,00.
Dergl. mit geklöppeltem Zwirn-Einsatz, der Bezug Mark 18,00.
Aus **Rein Leinen**, der Bezug M. 12,00 u. 15,00.
Dergl. mit geklöppeltem Zwirn-Einsatz, Bezug M. 22,50 u. 24,00.
Aus **Bielefelder Leinen**, mit 7 cm breitem durchbrochenem Einsatz (Handarbeit). der Bezug M. 35,00.

Betttücher (Laken).

Aus: **Elsasser Haustuch**, 140×200 cm gross, Stück M. 2,30.
Elsasser Haustuch, 166×225 cm gross, Stück M. 3,50.
Ungeklärt Doppelleinen, 146×200 cm gross, Stück M. 3,00.
Altdeutsch Hausleinen, 146×200 cm gross, Stück M. 3,75.
Ungeklärt Creas-Leinen, 160×220 cm gross, Stück M. 4,25.
Weiss Rasen-Leinen, 164×230 cm, Stück M. 4,50 u. 5,25.
Geklärt Creas-Leinen, 160×225 cm gross, Stück M. 4,75.
Altdeutsch Hausleinen, 160×225 cm, Stück M. 5,00 u. 5,25.
Geklärt Creas-Leinen, 170×230 cm, Stück M. 5,25.
Weiss Handgarn-Leinen, 168×230 cm gross, Stück M. 7,00.
Weiss Bielefelder Leinen, 170×250 cm gross, St. M. 7,00, 8,50.
200×250 cm, St. M. 10,50. 200×300 cm, St. M. 11,00 u. 13,00.
Weiss Handgarn-Leinen, 200×300 cm, das Stück M. 11,50.

Inlette.

Kissen: Grösse 84×84 cm.

Aus:
Grau-blau Gestreift Baumwollen-Inlett, Stück M. 1,40.
Grau-roth Gestreift Baumwollen-Inlett, das Stück M. 1,50.
Grau-roth Gestreift Baumw. Federköper, Stück M. 2,00.
Roth Baumwollen-Inlett, das Stück M. 2,25.
Roth-Gestreift Baumwollen-Inlett, das Stück M. 2,35.
Roth Baumwollen Federköper, das Stück M. 2,90 und 3,25.
Roth-Gestreift Federköper, das Stück M. 3,00 und 3,35.
Roth- u. Goldfarben-Gestreift Federköper, Stück M. 3,35.

Deckbetten: Grösse 130×200 cm.

Aus:
Grau-blau Gestreift Baumwoll. Inlett, das Stück M. 4,75.
Grau-roth Gestreift Baumwoll. Inlett, das Stück M. 5,00.
Grau-roth Gestreift Baumw. Federköper, Stück M. 7,00.
Roth-Baumwollen Inlett, das Stück M. 7,50.
Roth-Gestreift Baumwollen Inlett, das Stück M. 8,25.
Roth Baumwollen Federköper, Stück M. 10,00 und 11,50.
Roth-Gestreift Federköper, das Stück M. 10,50 und 12,00.
Roth- und Goldfarben-Gestreift Federköper, Stück M. 12,00.

Unterbetten: Grösse 100×200 cm.

Aus:
Grau-blau Gestreift Halbleinen Drell, Stück M. 6,00.
Grau-roth Gestreift Halbleinen Drell, das Stück M. 6,50.
Roth Halbleinen Drell, 115×200 cm, Stück M. 9,00 und 10,50.
Roth-Gestreift Drell, 115×200 cm, Stück M. 9,50 und 11,00.

Strohsäcke, Stück M. 2,25. **Strohkissen**, Stück M. 0,90.

Bettfedern und Daunen.

Vorzügliche, gereinigte, staubfreie Waare.

Weisse Schliessfedern, das $\frac{1}{2}$ Kilo Mark 1,85, 2,50, 3,00, 3,75, 4,50, 5,00 u. 5,75. Graue Daunen, das $\frac{1}{2}$ Kilo Mark 5,00.
Weisse Daunen, (Flaum), das $\frac{1}{2}$ Kilo Mark 5,00, 6,50, 8,00 u. 9,00. Elderdaunen, gereinigt, das $\frac{1}{2}$ Kilo Mark 21,00 u. 24,00.

Grosses Lager Weisser Leinen, Bettstoffe, Elsasser Baumwollen-Waaren.